



Verwaltungsrat

349. Tagung, Genf, 30. Oktober-9. November 2023

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 31. Oktober 2023

Original: Englisch

Dreizehnter Punkt der Tagesordnung

Folgemaßnahmen zur Entschlieung zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen

► Einleitung

1. Im Einklang mit der auf der 111. Tagung (Juni 2023) der Konferenz verabschiedeten [Entschlieung zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen](#) machte der Generaldirektor mit Rundschreiben vom 23. Juni 2023 alle Mitgliedstaaten auf Absatz 2 a), b) und c) der Entschlieung aufmerksam und bat sie, bis spätestens zum 1. Oktober 2023 Informationen über getroffene oder geplante Maßnahmen zu übermitteln. Der Generaldirektor ersuchte außerdem darum, die in der Entschlieung enthaltenen Empfehlungen den nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur Kenntnis zu bringen, damit diese gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen und ihn entsprechend informieren können.

2. Der Generaldirektor richtete ferner ein Schreiben an maßgebliche internationale Organisationen,¹ in dem er sie auf Absatz 3 a), b) und e) der EntschlieÙung hinwies und sie bat, ihn bis spätestens zum 1. Oktober 2023 über alle diesbezüglich getroffenen oder geplanten Maßnahmen zu unterrichten, damit er einen Bericht erstellen und dem Verwaltungsrat zur Behandlung auf seiner laufenden Tagung vorlegen kann.
3. Darüber hinaus machte der Generaldirektor in getrennten Schreiben die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen (UN) über die Menschenrechtssituation in Belarus, die UN-Sonderberichterstatterin über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie MeinungsäuÙerung, den UN-Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die UN-Sonderberichterstatterin über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten auf Absatz 3 c) und e) der EntschlieÙung aufmerksam und forderte sie auf, mit ihrer Autorität und Sachkenntnis zu prüfen, wie Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses erzielt werden können.
4. Des Weiteren machte der Generaldirektor den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) in einem an ihn gerichteten Schreiben auf Absatz 3 d) der EntschlieÙung aufmerksam und forderte ihn auf, mit seiner Autorität und Sachkenntnis Überlegungen dazu anzustellen, wie ein koordiniertes Vorgehen in dieser Angelegenheit sichergestellt werden kann.
5. Alle oben genannten Schreiben des Generaldirektors sind in den Anhängen 1 bis 4 enthalten. Bis zum 13. Oktober 2023 erhielt das Amt 18 Antworten auf diese Schreiben.²

► Jüngste Entwicklungen

6. In einer Mitteilung vom 24. August 2023 legte der Belarussische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) eine Liste von 47 derzeit inhaftierten Gewerkschaftsführern und Aktivisten vor. Das Schreiben ist in Anhang 5 enthalten.
7. In getrennten Mitteilungen vom 6. September 2023 unterrichteten der BKDP und der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) das Amt über die sich verschlechternden Haftbedingungen von Aliaksandr Yarashuk. Nach seiner Verurteilung im Dezember 2022 zu vier Jahren Haft in einer allgemeinen Strafkolonie wurde Herr Yarashuk, Vorsitzender des BDKP und Mitglied des Verwaltungsrats der IAO, in ein Gefängnis mit strengem Vollzugsregime verlegt, wo er nahezu die ganze Zeit in einer Zelle festgehalten wird und nur das Recht hat, kurze Spaziergänge im

¹ Die folgenden Organisationen wurden angeschrieben: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA), Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO), Internationaler Währungsfonds (IWF), Internationale Organisation für Migration (IOM), Internationale Fernmeldeunion (ITU), Vereinte Nationen, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT), Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNPFA), Weltbankgruppe, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), Weltgesundheitsorganisation (WHO), Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), Weltorganisation für Meteorologie (WMO), Weltorganisation für Tourismus (UNWTO), Weltpostverein (UPU), Welthandelsorganisation (WTO), Arabische Arbeitsorganisation (ALO) und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

² Es wird daran erinnert, dass das Amt im Fall von Myanmar Antworten von 45 Mitgliedstaaten und 25 internationalen Organisationen erhielt; siehe GB.280/6, Abs. 13 und 32 sowie GB.280/6(Add.1), Abs. 2-12.

Hof zu unternehmen, während andere normale Gefängnisprivilegien wie Telefonate und Besuche von Verwandten eingeschränkt wurden. In einer Mitteilung vom 12. September 2023 brachte der Generaldirektor seine tiefe Besorgnis zum Ausdruck und forderte die Ministerin für Arbeit und Sozialschutz von Belarus auf, mittels ihrer guten Beziehungen die zuständigen belarussischen Behörden davon zu überzeugen, wie wichtig es ist, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Situation von Herrn Yarashuk verschlechtern würden und Auswirkungen auf seine Gesundheit hätten.

8. In einer Mitteilung vom 11. Oktober 2023 brachte der IGB seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Regierung von Belarus trotz wiederholter Aufforderungen seitens der internationalen Gemeinschaft weiterhin straflos gegen ihre Verpflichtungen aus den Übereinkommen verstößt und dass sich die Lage der unabhängigen Gewerkschaften in dem Land weiter verschlechtert hat und unhaltbar geworden ist, da die Regierung die Gewerkschaften und ihre Führungspersonen unerbittlich verfolgt. Der IGB verwies auf die Liste der wegen ihrer Tätigkeiten verurteilten Gewerkschafter, die dem Verwaltungsrat zuvor zur Kenntnis gebracht wurde und in der kürzlich vom BKDP übermittelten Liste enthalten ist. Zur Veranschaulichung der Bedingungen, unter denen die Gewerkschafter inhaftiert sind, verwies der IGB ferner auf die Situation von Polina Sharenda-Panasiuk, einer derzeit in vorübergehender Haft in einer Kolonie befindlichen Aktivistin der Belarussischen Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (REP). Am 2. Oktober 2023 erschien Frau Sharenda-Panasiuk zur Fortsetzung ihres Prozesses vor Gericht. Dort prangerte sie ihre unmenschlichen Haftbedingungen an, darunter auch die Schläge, die sie erlitten hat. Der IGB wies darauf hin, dass mehrere im April 2022 verhaftete Gewerkschaftsführer zwar freigelassen wurden, aber immer noch unter Anklage stehen. Laut IGB hat ferner die Polizei in den vergangenen Monaten im ganzen Land Massenverhaftungen vorgenommen und als „regimeuntreu“ eingestufte Arbeitnehmer inhaftiert, darunter Beschäftigte des Azot-Unternehmens, der „Naftan“-Fabrik „Palimir“ in Navapolatsk und der Straßen- und Instandhaltungsproduktion der Wohn- und Versorgungsgesellschaft Lida. Der IGB äußerte seine tiefe Besorgnis über das Muster der Massenunterdrückung durch die belarussischen Behörden und die völlige Missachtung der grundlegenden bürgerlichen Freiheiten, einschließlich der Versammlungsfreiheit. Er verlangte, dass alle Anklagen fallen gelassen, alle Verurteilungen aufgehoben und alle Gewerkschaftsführer und -mitglieder, die wegen ihrer Teilnahme an Streiks und friedlichen Versammlungen oder wegen der Ausübung ihrer bürgerlichen Freiheiten im Rahmen ihrer rechtmäßigen Gewerkschaftstätigkeit verhaftet wurden, freigelassen werden. Der IGB forderte die Regierung nachdrücklich auf, Besuche, auch von Bediensteten des IAA, zu erlauben, die den Zweck haben, festzustellen, wie die Haftbedingungen der Betroffenen aussehen und ob sie gut behandelt werden, entsprechend Absatz 4 der Entschließung der Internationalen Arbeitskonferenz von 2023. Außerdem verwies der IGB mit höchster Besorgnis auf eine Weisung der belarussischen Behörden an die Botschaften des Landes, die Reisepässe belarussischer Staatsangehöriger im Ausland nicht zu verlängern, um sie zu zwingen, nach Belarus zurückzukehren und sich der Strafverfolgung zu stellen,³ und unterstrich in diesem Zusammenhang Absatz 2 b) der Entschließung der Konferenz von 2023 sowie, angesichts der für Gewerkschaftsaktivisten und Menschenrechtsverteidiger bestehenden Gefahr der Strafverfolgung in Belarus, wie wichtig die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung im Einklang mit dem Völkerrecht ist.

³ Präsidialerlass (Ukas) Nr. 278 vom 2. September 2023 über das Verfahren zur Ausstellung von Dokumenten und Durchführung von Maßnahmen.

► Entwicklungen im Hinblick auf die Regierung von Belarus

9. In seinem Schreiben vom 14. Juli 2023 an die Regierung von Belarus wies der Generaldirektor die Regierung auf Absatz 4 der Entschließung der Konferenz hin, in dem sie aufgefordert wird, dringend eine dreigliedrige IAA-Mission mit dem Auftrag zu empfangen, Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und der späteren Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO zu sammeln. Der Generaldirektor legte der Regierung nahe, im Rahmen ihrer Autorität Maßnahmen zu ergreifen, um eine dreigliedrige IAA-Mission zuzulassen, die die Situation vor Ort beobachten und dem Verwaltungsrat zwecks Bewertung der Schritte, die zur Anwendung des Übereinkommens (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und des Übereinkommens (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, unternommen wurden, Bericht erstatten kann. Der Generaldirektor forderte die Regierung außerdem auf, bis spätestens zum 1. Oktober 2023 Informationen über alle Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses vorzulegen, damit das Amt einen Bericht zur Behandlung durch den Verwaltungsrat auf seiner laufenden Tagung erstellen kann. Das Schreiben ist in Anhang 6 enthalten.
10. In ihrer Mitteilung vom 25. September 2023 bekräftigte die Regierung ihren Standpunkt, dass die Gewerkschaftsrechte und die Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 in vollem Umfang geachtet würden und dass einige der an Belarus gerichteten Empfehlungen vollständig umgesetzt und bei der Umsetzung weiterer Empfehlungen erhebliche Fortschritte erzielt worden seien. Die Regierung habe detaillierte Informationen vorgelegt, die von den Aufsichtsorganen der IAO mehrfach geprüft worden seien. Die Regierung nahm mit großem Bedauern zur Kenntnis, dass die Aufsichtsorgane der IAO ihre Bemühungen um eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und dem Internationalen Arbeitsamt im Hinblick auf die Umsetzung der an das Land gerichteten Empfehlungen negativ bewertet haben. Die Regierung erklärte, sie sei bereit, an der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses mitzuarbeiten, sofern diese Zusammenarbeit den heutigen Realitäten und nationalen Interessen Rechnung trage, in deren Kern die stabile sozioökonomische Entwicklung von Belarus, das Wohlergehen und eine hohe Lebensqualität seiner Bevölkerung, die Harmonie in der Gesellschaft, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und Souveränität des Landes stünden.
11. Die Regierung unterbreitete Informationen zur Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitgeberverbände am 12. Dezember 2022, welches am 16. Dezember 2023 in Kraft treten wird. Laut Regierungsangaben trägt das Gesetz den Normen und Grundsätzen der IAO Rechnung. Die Regierung teilte ferner mit, dass der dreigliedrige Rat zur Verbesserung der Gesetzgebung im Sozial- und Arbeitsbereich (dreigliedriger Rat) seine Tätigkeit, die aufgrund der COVID-19-Pandemie ausgesetzt worden war, wieder aufgenommen habe. Auf seiner Sitzung vom 26. Mai 2023 prüfte der dreigliedrige Rat Wege zur Umsetzung der Empfehlung des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit betreffend die Einrichtung eines außergerichtlichen Mechanismus zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten und beschloss, eine Sachverständigengruppe aus den Reihen seiner Mitglieder einzusetzen und damit zu beauftragen, Anträge von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im Zusammenhang mit der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu prüfen. Es wurde beschlossen, dass die Sachverständigengruppe eine vorläufige Prüfung der beim dreigliedrigen Rat eingehenden Beschwerden von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vornehmen und den Rat von den Ergebnissen unterrichten werde. Auf seiner Sitzung am 22. September 2023 erörterte der dreigliedrige Rat seinen Arbeitsplan sowie die Frage der Auslegung der Bestimmungen des Übereinkommens Nr. 87 über die Ausübung des Streik-

rechts und die Umsetzung des Übereinkommens (Nr. 144) über dreigliedrige Beratungen (internationale Arbeitsnormen), 1976. Die Beteiligten kamen zu dem Schluss, dass der dreigliedrige Rat Fragen in Bezug auf Kollektivverhandlungen auf verschiedenen Ebenen weiter erörtern solle. Die Regierung teilte ferner mit, dass der Nationale Rat für Arbeits- und Sozialfragen (NCLSI), das wichtigste dreigliedrige Gremium des Landes für den sozialen Dialog, zwei Sitzungen (im April und Juli 2023) abhielt, auf denen die Umsetzung der Dreiparteien-Generalvereinbarung (2022–2024) und des Maßnahmenpakets (2022–2023) zum Abbau des Personal-mangels sowie die Situation des Verbrauchermarktes in Belarus und die Notwendigkeit einer besseren normativen Regulierung des Mechanismus des Krisenbekämpfungsmanagements zum Zweck der finanziellen Gesundung insolventer Organisationen erörtert wurden. Die Regierung erklärte, dass die oben genannten dreigliedrigen Organe ihre Arbeit ungeachtet dessen, dass die Aufsichtsorgane der IAO ihren Status und ihre Rechtmäßigkeit in Frage stellten, fortsetzen würden. Die Regierung bedauere zwar, dass die an das Amt gerichteten Einladungen zur Teilnahme an den Sitzungen der dreigliedrigen Organe abgelehnt worden seien, sie sehe jedoch einer künftigen Teilnahme von Beauftragten des Amtes erwartungsvoll entgegen, damit sich die IAO und ihre Aufsichtsorgane eine objektive Meinung über die Funktionsweise des Sozialpartnerschaftssystems in Belarus bilden und so die Fragen zum Status und zur Rechtmäßigkeit der dreigliedrigen Organe klären könnten.

12. Die Regierung erklärte erneut, dass die Proteste im Jahr 2020 nichts mit der Ausübung der Gewerkschaftsrechte und den Verfahren des sozialen Dialogs im Land zu tun hätten und dass sie politisch motiviert gewesen und von ausländischen Kräften künstlich angefacht worden seien. Sie vertrat die Auffassung, dass die Verfasser der Beschwerden bewusst politische Themen in die IAO eingebracht hätten, um Belarus international zu diskreditieren, beispiellose einseitige restriktive Maßnahmen gegen das Land zu rechtfertigen, den politischen Druck auf die rechtmäßigen Behörden zu erhöhen und eine weitere Welle von Sanktionen auf der Grundlage von Beschlüssen der IAO einzuleiten. Die Regierung erklärte erneut, dass alle in den Beschwerden und den Bemerkungen der Aufsichtsorgane der IAO-Aufsichtsorgane genannten Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerkschaften wegen bestimmter rechtswidriger Handlungen, die in keinem Zusammenhang mit der rechtmäßigen und friedlichen Ausübung der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten stünden, strafrechtlich verfolgt worden seien. Daher entbehrten alle Forderungen nach einer Einstellung aller gegen sie erhobenen Anklagen und ihrer sofortigen Freilassung einer objektiven Rechtsgrundlage. Die Überprüfung der Urteile, der Umgang mit den Verurteilten und deren Entlassung aus der Haft fielen in die ausschließliche Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte. In deren Tätigkeit dürfe nicht eingegriffen werden. Geschehe dies dennoch, sei eine Haftung nach dem Gesetz die Folge.
13. In dieser Hinsicht und unter Verweis auf die vom derzeitigen BKDP-Vorsitzenden Maksim Paznyakou übermittelte Liste inhaftierter Gewerkschafter gab die Regierung an, es handle sich hierbei um einen weiteren Versuch, die IAO von der angeblichen Verfolgung „unabhängiger“ Gewerkschaften zu überzeugen, um den Druck auf Belarus zu erhöhen, und erinnerte daran, dass die Aktivitäten des BKDP und seiner Mitgliedsorganisationen durch Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs beendet worden seien, da sie gegen die Verfassung und weitere Gesetze des Landes verstießen und dem Staat oder den öffentlichen Interessen schaden. Somit sei die derzeit ohne Registrierung im Hoheitsgebiet von Belarus im Namen des BKDP tätige Struktur illegal. Die der Regierung vorgelegten Informationen seien falsch und lediglich eine Bestätigung dessen, dass die Person, die diese Informationen vorlegte, die IAO mit einer verzerrten Darstellung der Situation absichtlich in die Irre führen wolle. Die Regierung gab an, dass sechs der 47 als Gefangene gelisteten Personen ihre jeweilige Strafe bereits verbüßt hätten und vier von ihnen gar nicht in eine Vollzugsanstalt eingewiesen worden seien. Im Hinblick auf Frau Mikhniuk, Frau Britikova und die Herren Yarashuk, Antusevich, Mishuk,

Khanevitch, Zhernak, Berasneu, Fiadynich, Areshka, Gromov, Chichmarev und Sliazhou gab die Regierung an, dass diese Bürgerinnen und Bürger der Begehung bestimmter schwerer Straftaten für schuldig befunden worden seien. Ferner seien zehn Personen auf der Liste Mitglieder der extremistischen Vereinigung „Rabochy Rukh“,⁴ deren Aktivitäten verboten seien. In Anbetracht der Schwere der begangenen Straftaten (Gründung und/oder Beteiligung an einer extremistischen Vereinigung, Staatsverrat, Verleumdung, unerlaubter Umgang mit Feuerwaffen, Munition und Sprengstoffen usw.) seien diese Bürgerinnen und Bürger zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Weitere Bürgerinnen und Bürger auf der Liste seien ebenfalls strafrechtlich verfolgt worden, weil sie rechtswidrige Handlungen begangen hätten, die nichts mit der rechtmäßigen und friedlichen Ausübung von Gewerkschaftsaktivitäten, bürgerlichen oder sonstigen Rechten und Freiheiten zu tun hätten, wie etwa grobe Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, die zu Verkehrsbeeinträchtigungen und Störungen von Unternehmen geführt hätten, Gewalt gegen Beamte der inneren Angelegenheiten, Aufrufe zu Handlungen zum Schaden der nationalen Sicherheit, Aufstachelung zu nationaler oder sozialer Feindschaft und Zwietracht aufgrund der nationalen und sozialen Zugehörigkeit sowie Aufstachelung zu ethnischem oder sozialem Hass und Zwietracht aufgrund der nationalen oder sozialen Herkunft. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle betrügen die Freiheitsstrafen nicht mehr als drei Jahre. Vier Personen verbüßten ihre Strafe (Freiheitsbeschränkung) an ihrem Wohnort und zwei Personen im offenen Vollzug.

► Von den IAO-Mitgliedsgruppen ergriffene Maßnahmen

Maßnahmen der Mitgliedstaaten

14. In einer Mitteilung vom 29. September 2023 erklärte die Regierung *Australiens*, sie sei nach wie vor besorgt über die Missachtung des Untersuchungsausschusses durch die Regierung von Belarus, einschließlich ihrer hartnäckigen Weigerung, die Empfehlungen des Ausschusses umzusetzen. Im Einklang mit dem Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, dem dazugehörigen Protokoll von 1967 und anderen internationalen Menschenrechtsübereinkommen, denen Australien beigetreten ist, schicke Australien Menschen nicht in Situationen zurück, in denen ihnen Verfolgung oder die reale Gefahr von Folter, grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, willkürlicher Tötung oder Anwendung der Todesstrafe drohe. Daher könnte belarussischen Gewerkschaftern und Menschenrechtsverteidigern in Australien dauerhafter Schutz gewährt werden, sofern sie auch die entsprechenden Visakriterien erfüllen. Das australische Ministerium für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen habe die Informationen zu der von der Konferenz verabschiedeten Entschließung an andere australische Regierungsstellen weitergeleitet, einschließlich derjenigen, die Australien in anderen internationalen Institutionen vertreten. Zudem hätten Konsultationen mit den Sozialpartnern stattgefunden.
15. Laut einer Mitteilung vom 2. Oktober 2023 hat die Regierung *Österreichs* Ministerien, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie maßgebliche Interessengruppen über die gemäß Artikel 33 ergriffenen Maßnahmen unterrichtet. Sie wies ferner darauf hin, dass das Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Gespräche über konkrete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verfolgung unabhängiger Gewerkschaften und der Inhaftierung ihrer Mitglieder eingeleitet habe und dass das Ministerium für Inneres die Entschließung

⁴ Auf Deutsch „Arbeiterbewegung“.

den Landespolizeidirektionen zur Kenntnis gebracht habe. Darüber hinaus betonte die Regierung, dass sie eine rigorose Prüfung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung durch die Einwanderungsbehörden gewährleiste.

16. In einer am 29. September 2023 eingegangenen Mitteilung stellte die Regierung *Kanadas* fest, dass nach fast zwei Jahrzehnten kontinuierlicher Bemühungen der IAO, mit den belarussischen Behörden auf die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses hinzuarbeiten, die Berichte der IAO-Aufsichtsmechanismen aufzeigten, dass sich die Situation nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert habe. Kanada unterstütze die Anwendung von Artikel 33 der IAO-Verfassung und betonte seine Überzeugung, dass dies der einzig gangbare Weg sei, um sicherzustellen, dass Belarus den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses nachkomme. In der Mitteilung wurden außerdem die von Kanada gegen Belarus verhängten Wirtschaftssanktionen umrissen. Diese Sanktionen erfolgten entweder in Abstimmung mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika oder in individueller Eigenschaft. Sanktionen gegen Belarus seien im Rahmen des Gesetzes über wirtschaftliche Sondermaßnahmen und der Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Belarus) verhängt worden, darunter auch Sanktionen gegen Personen, die wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen und wegen verbotener Geschäfte und Tätigkeiten für Personen in Kanada oder Kanadier außerhalb Kanadas auf der Sanktionsliste stehen. Die Regierung befürwortete eine fortgesetzte Lagebeobachtung und internationale Zusammenarbeit und bekräftigte ihre Verpflichtung, die IAO bei der Förderung der grundlegenden Arbeitsrechte und der sozialen Gerechtigkeit für alle zu unterstützen.
17. In einer Mitteilung vom 29. September 2023 bedauerten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten (*Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern*) zutiefst, dass Belarus unverändert seinen Verpflichtungen aus den Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 nicht nachkommt und keine nennenswerten Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses aus dem Jahr 2004 erzielt hat. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates aus dem Jahr 2020 habe die Europäische Union die Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden reduziert und gleichzeitig die Unterstützung für die belarussische Bevölkerung und Zivilgesellschaft verstärkt. Seit August 2020 habe die Europäische Union in mehreren Runden Sanktionen verhängt, insbesondere gegen die Verantwortlichen für interne Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in Belarus. Das am 3. August 2023 beschlossene jüngste Sanktionspaket richte sich gegen die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Verletzungen der Arbeitnehmerrechte, und die sich ständig verschärfende Unterdrückung im Inneren. Die Sanktionen richteten sich außerdem gegen staatliche Unternehmen, die Maßnahmen gegen Beschäftigte ergriffen oder sie entlassen hätten, weil sie an friedlichen Protesten und Streiks teilgenommen hatten. Schließlich stellte die Europäische Union fest, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem in vollem Einklang mit dem Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem darin enthaltenen Grundsatz der Nichtzurückweisung stehe.
18. In einer Mitteilung vom 12. September 2023 verwies die Regierung *Luxemburgs* darauf, dass für Belarus zwei Listen internationaler Sanktionen gelten: die konsolidierte Liste der Finanzsanktionen der Europäischen Union und die Sanktionen der Vereinten Nationen. Diese restriktiven Maßnahmen (oder Sanktionen) richteten sich gegen Regierungen, Einrichtungen oder Personen, und alle Fragen im Zusammenhang mit ihrer Umsetzung fielen in die Zuständigkeit des Ministeriums der Finanzen. Die Mitteilung enthielt eine nicht erschöpfende Liste der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union über restriktive Maßnahmen gegen Belarus.

19. In einer Mitteilung vom 2. Oktober 2023 erklärte die Regierung *Mexikos*, dass sie in Arbeitsangelegenheiten nicht mit der Regierung von Belarus zusammengearbeitet habe und die Entschließung an die maßgeblichen mexikanischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände weitergeleitet habe.
20. In einer Mitteilung vom 29. September 2023 erklärte die Regierung der *Niederlande*, dass sie ihre bilateralen Beziehungen zu den belarussischen Behörden fortlaufend überprüfe und dass sie gemeinsam mit der EU und anderen Partnern zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses beitrage. Darüber hinaus wende die Regierung eine länderspezifische Asylpolitik für belarussische Staatsangehörige an. Die niederländische Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde entscheide von Fall zu Fall, ob Antragsteller, einschließlich Gewerkschaftsaktivisten, zu einer „Risikogruppe“ gehören könnten, wobei sie das bei einer Rückkehr nach Belarus bestehende Risiko abschätze und die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung gewährleiste.
21. In einer Mitteilung vom 6. Oktober 2023 erklärte die Regierung *Nigers*, dass ihre Beziehungen zur Regierung von Belarus keine Bereiche von strategischer Bedeutung betreffen und dass dieser Regierung zusätzliche Zeit eingeräumt werden solle, damit sie ihre internen Schwierigkeiten mit der Zusammenarbeit des Amtes lösen könne.
22. In einer Mitteilung vom 20. September 2023 übermittelte die Regierung *Norwegens* eine vom norwegischen IAO-Ausschuss angenommene dreigliedrige Erklärung. In dieser Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass die bilateralen Beziehungen zur belarussischen Regierung sehr begrenzt seien. Norwegen hatte sich den von der EU verhängten Sanktionen angeschlossen und zahlreiche Entschließungen in internationalen Foren und Organisationen zur Lage betreffend die Demokratie und die Menschenrechte in Belarus unterstützt. Die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und die Finanzierung der Internationalen Plattform für Rechenschaftspflicht in Belarus würden fortgesetzt. In der Mitteilung wurde ferner darauf hingewiesen, dass sich norwegische Gewerkschaftsverbände für die Freilassung inhaftierter Gewerkschaftsführer und die Unterstützung legitimer Vertreter der Gewerkschaftsbewegung im Exil einsetzen.
23. In einer Mitteilung vom 25. September 2023 bekräftigte die Regierung der *Russischen Föderation* ihren Standpunkt, dass ein Rückgriff auf Artikel 33 der Verfassung nur im Falle schwerster Verstöße gegen die Verfassung und die Übereinkommen der IAO vorgenommen werden könne. Die Regierung von Belarus habe keine derartigen Verstöße begangen, sondern ein höheres Maß an Arbeitsgarantien und sozialem Schutz für Arbeitnehmer geschaffen sowie eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Umsetzung der zwölf Empfehlungen des Untersuchungsausschusses ergriffen. Dazu gehörten unter anderem die Liberalisierung der Registrierung von Gewerkschaften, die Behandlung von Beschwerden über gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung auf dem Rechtsweg, die Einrichtung zusätzlicher Mechanismen zum Schutz der Gewerkschaftsrechte, die Verhinderung von Eingriffen in die Gewerkschaftsarbeit und die Einbeziehung des BKDP in den Nationalen Rat für Arbeits- und Sozialfragen. Die Regierung der Russischen Föderation vertrat die Auffassung, dass Maßnahmen nach Artikel 33 negative Auswirkungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der belarussischen Bürgerinnen und Bürger hätten und Belarus in der Organisation *de facto* isolieren würden, was dem Grundsatz der Dreigliedrigkeit widerspräche. Sie brachte ihre tiefe Besorgnis über die negativen Auswirkungen der Entschließung auf das Mandat der IAO zum Ausdruck und forderte, dass der gemäß Absatz 2 c) der Entschließung zu erstellende Bericht das gesamte Spektrum der Auffassungen und Standpunkte widerspiegelt.

24. In einer Mitteilung vom 29. September 2023 erklärte die Regierung *Schwedens*, dass sie ihre bilateralen Beziehungen zur Regierung von Belarus eingeschränkt habe und dass die schwedische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit nicht mit staatlichen Akteuren in Belarus kooperiere. Finanzielle Unterstützung erhielten Akteure, die zur Demokratieentwicklung, zu mehr Offenheit und zur stärkeren Achtung der Menschenrechte beitragen.
25. In einer Mitteilung vom 29. September 2023 gab die Regierung des *Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland* an, dass sie ihre bilateralen Beziehungen zu Belarus überprüfe, um sicherzustellen, dass diese Beziehungen Belarus keine Gelegenheit geben, Arbeitnehmerrechte zu verletzen. Außerhalb der IAO bringe die Regierung die Menschenrechtssituation in Belarus auch in anderen multilateralen Gremien zur Sprache, unter anderem im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des UN-Menschenrechtsrats. Sie sei Mitausrichterin von Veranstaltungen, in denen die Frage der Rechenschaft für Menschenrechtsverletzungen und die Bekundung von Solidarität mit Menschenrechtsverteidigern, einschließlich Gewerkschaftsaktivisten, in Belarus im Vordergrund stehen. Darüber hinaus würden innerhalb des Vereinigten Königreichs gestellte und zum Asylsystem zugelassene Asylanträge, auch diejenigen von belarussischen Staatsangehörigen, vollständig und sorgfältig geprüft, um sicherzustellen, dass das Vereinigte Königreich niemanden abschiebt, dem bei einer Rückkehr in sein Herkunftsland Verfolgung oder ernster Schaden droht.
26. In einer Mitteilung vom 27. September 2023 bekräftigte die Regierung der *Vereinigten Staaten von Amerika* ihre Entschlossenheit, alle verfügbaren Instrumente zu nutzen, um die Verantwortlichen für Verletzungen des Rechts von Arbeitnehmern auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen in Belarus zur Rechenschaft zu ziehen. Die Regierung habe bereits mehrere Maßnahmen ergriffen, darunter im Jahr 2000 den Entzug von Begünstigungen für Belarus im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems, die Unterzeichnung des Exekutiverlasses 14038 am 9. August 2021, mit der der Anwendungsbereich des Exekutiverlasses 13405 erweitert und zusätzliche Sanktionen genehmigt wurden, um die Regierung von Belarus zur Verbesserung der Menschenrechtssituation und der Rechtsstaatlichkeit in dem Land zu veranlassen (auf der Grundlage dieser beiden Erlasse haben die Vereinigten Staaten seit August 2020 Sanktionen gegen mehr als 100 Personen und 70 Einrichtungen verhängt), sowie Visabeschränkungen für 437 Regimeangehörige und mit ihnen verbundene Personen, einschließlich an der Unterdrückung der Vereinigungsfreiheit beteiligter Personen, wegen Untergrabung der Demokratie in Belarus. Darüber hinaus setze sich die Regierung auch weiterhin auf diplomatischem Weg für Gewerkschaftsführer in Belarus ein, beispielsweise im Rahmen der Aktionsinitiative „Multilateral Partnership for Organizing, Worker Empowerment, and Rights (M-POWER)“, die darauf abziele, eskalierende Bedrohungen gegen Gewerkschafter, Gewerkschaftsführer und Aktivisten zu ermitteln und zu beseitigen. Im März 2023 habe das Außenministerium bekanntgegeben, dass es Ende 2023 einen strategischen Dialog mit der belarussischen Demokratiebewegung und Zivilgesellschaft aufnehmen werde. Außerdem halte die Regierung den Grundsatz der Nichtzurückweisung und ihre entsprechenden Verpflichtungen aus dem Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem Übereinkommen von 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ein. Darüber hinaus setze sie sich im Rahmen ihres bilateralen und multilateralen Engagements für die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung ein. Die Regierung erklärte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der IAO, den anderen Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern, um der Entschließung der Konferenz volle Wirkung zu verleihen.

Maßnahmen nationaler Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände

27. In einer Mitteilung vom 28. September 2023 präsentierte der niederländische Gewerkschaftsbund *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV) mehrere Forderungen, die er mit Solidarnast, einer Initiative unabhängiger belarussischer Gewerkschafter im Exil zur Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter und ihrer Familien, abgestimmt hatte. Insbesondere forderte der FNV die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, sicherzustellen, dass die EU-Sanktionen erst dann aufgehoben werden, wenn die Regierung von Belarus die Anforderungen der IAO erfüllt. Außerdem forderte er die Ausweitung der Sanktionen auf Personen, die für die Unterdrückung von Gewerkschaften verantwortlich sind, sowie den Ausschluss belarussischer Staatsunternehmen aus der internationalen Wirtschaft, die Schwächung der diplomatischen Beziehungen zu Belarus und die Delegitimierung des Gewerkschaftsbundes von Belarus (FPB).
28. In einer Mitteilung vom 24. September 2023 begrüßte die österreichische *Bundesarbeitskammer* (AK) die Entschließung und sprach sich aufgrund der anhaltenden Verstöße der Regierung von Belarus gegen die Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 nachdrücklich für wirksame Sanktionen aus. Die AK unterstütze insbesondere die Aufforderung an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR). Sie erklärte zudem, dass sie keine Verbindungen zur belarussischen Regierung oder zu Regierungsorganisationen habe.
29. In einer Mitteilung vom 26. September 2023 gab der schwedische Unternehmensverband an, dass er die Informationen über die von der Konferenz verabschiedete Entschließung an die Mitgliedsorganisationen und -unternehmen weitergegeben habe. Er gab außerdem an, dass er nicht mit Partnerorganisationen in Belarus zusammenarbeite.
30. In einer Mitteilung vom 26. September 2023 erklärten die schwedischen Gewerkschaftsverbände (LO, TCO und SACO), dass sie nicht mit den Organisationen zusammenarbeiten, die die Regierung von Belarus vertreten. Die Gewerkschaftsverbände verwiesen auf einen jüngsten Fall betreffend die Abschiebung einer in Schweden um Asyl ersuchenden Gewerkschafterin und belarussischen Staatsangehörigen, deren Antrag von der schwedischen Migrationsbehörde bearbeitet worden war und dessen Abschiebung vor dem schwedischen Migrationsgericht angefochten wurde, und gaben an, dass die Regierung entgegen Absatz 2 b) der Entschließung der Konferenz den Grundsatz der Nichtzurückweisung nicht einhalte.

► Informationen in Bezug auf internationale Organisationen

31. In einer Mitteilung vom 12. Juli 2023 bekundete die *Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über die Menschenrechtssituation in Belarus* ihre Bereitschaft, mit der IAO und anderen Mandatsträgern der Sonderverfahren zusammenzuarbeiten, um ein koordiniertes Vorgehen hinsichtlich der Empfehlung Nr. 8 des Untersuchungsausschusses sicherzustellen. In diesem Zusammenhang machte die Sonderberichterstatterin auch auf die Empfehlungen aufmerksam, die sie in ihrem zweiten thematischen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen ⁵ an die Regierung von Belarus gerichtet hat.

⁵ Vereinte Nationen, Generalversammlung, Siebenundsiebzigste Tagung, [A/77/195](#).

32. In einem Bericht an die 54. Tagung des Menschenrechtsrats richtete die *Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf den Genuss der Menschenrechte* Empfehlungen an die IAO zu der Frage der Auswirkungen einseitiger Sanktionen auf die Fähigkeit von Staaten, ihre internationalen Verpflichtungen aus den IAO-Übereinkommen zu erfüllen.⁶ Auf derselben Tagung des Menschenrechtsrats verwies der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem jährlichen Bericht über die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Beauftragten und Mechanismen auf dem Gebiet der Menschenrechte auf den Fall Belarus und die mutmaßlichen Repressalien gegen Herrn Yarashuk wegen Übermittlung von Informationen an die IAO sowie auf die diesbezügliche Antwort der Regierung.⁷
33. Das Amt hat die Angelegenheit mit der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über die Menschenrechtssituation in Belarus, dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten erörtert. Die Zusammenarbeit mit den Sonderberichterstatterinnen und dem Sonderberichterstatter wird im Rahmen regelmäßiger Treffen fortgesetzt, um gemeinsam nach Wegen zur Erzielung von Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zu suchen und Informationen über Fragen, die für die weitere Verschlechterung der Gewerkschaftsrechte in dem Land relevant sind, auszutauschen.
34. Am 13. September 2023 verabschiedete das *Europäische Parlament* eine Entschließung über die Beziehungen zu Belarus,⁸ in der es ausdrücklich auf den Beschluss des Verwaltungsrats vom März 2023 und die Entschließung der Konferenz hinweist.

► Das weitere Vorgehen

35. Der Verwaltungsrat möchte zweifellos über alle Fortschritte der Regierung von Belarus hinsichtlich der Befolgung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und über alle anderen relevanten Entwicklungen im Hinblick auf die Ergebnisse der bisher von den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen durchgeführten Maßnahmen informiert gehalten werden.
36. Das Amt wird weiterhin Informationen der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen über die Umsetzung der gemäß Artikel 33 beschlossenen Maßnahmen sammeln, während der Generaldirektor die Zusammenarbeit mit den in der Entschließung der Konferenz genannten internationalen Organisationen und UN-Organen fortsetzen wird.
37. Die Informationen über die Folgemaßnahmen zur Entschließung der Konferenz werden regelmäßig aktualisiert, um auf Anforderung in künftige Erörterungen des Verwaltungsrats einzufließen, aber auch in die speziellen Sitzungen des Konferenzausschusses für die Durchführung

⁶ Menschenrechtsrat, Vierundfünfzigste Tagung, *Impact of unilateral coercive measures on the right to health*, Bericht der Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf den Genuss der Menschenrechte, 19. Juli 2023, [A/HRC/54/23](#), Ziff. 102. Der Generaldirektor erhielt zwei Mitteilungen der Sonderberichterstatterin vom 25. April und 5. Juni 2023 und antwortete mit Schreiben vom 9. Mai und 7. Juni 2023. Dieser Schriftverkehr ist auf der [Website](#) der 111. Tagung der Konferenz verfügbar.

⁷ Menschenrechtsrat, Vierundfünfzigste Tagung, *Cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights*, Bericht des Generalsekretärs, 21. August 2023, [A/HRC/54/61](#).

⁸ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 über die Beziehungen zu Belarus ([2023/2041\(INI\)](#)).

der Normen, die gemäß Absatz 1 der Entschließung der Konferenz abzuhalten sind, solange die Regierung von Belarus ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

► **Beschlussentwurf**

38. Der Verwaltungsrat hat

- a) mit anhaltender Besorgnis Kenntnis von den in Dokument GB.349/INS/13 enthaltenen Informationen genommen;**
- b) die Regierung von Belarus abermals nachdrücklich aufgefordert, dringend eine dreigliedrige IAA-Mission mit dem Auftrag zu empfangen, Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und der späteren Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO zu sammeln und im Rahmen dessen auch den unabhängigen Gewerkschaftsführern und Aktivisten, die sich im Gefängnis oder in Haft befinden, Besuch zu erstatten.**
- c) die Mitgliedstaaten gebeten, auch weiterhin Schritte zur Gewährleistung wirksamer Folgemaßnahmen zur Entschließung der Konferenz zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen zu unternehmen;**
- d) den Generaldirektor ersucht, einen aktualisierten Bericht für die 350. Tagung (März 2024) des Verwaltungsrats zu erstellen.**

► Anhang 1

AN ALLE MITGLIEDSTAATEN DER IAO

23. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

ich teile Ihnen mit, dass die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer 111. Tagung (Juni 2023) unter einem speziell auf ihre Tagesordnung gesetzten Punkt und im Einklang mit Artikel 33 der Verfassung der IAO eine Entschlieung verabschiedet hat, die Maßnahmen vorsieht, mit denen sichergestellt werden soll, dass Belarus die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzt, der eingesetzt wurde, um die Anwendung des Übereinkommens (Nr. 87) ber die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und des Übereinkommens (Nr. 98) ber das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, zu prüfen. Der Wortlaut der Entschlieung findet sich auf der Website der Konferenz.

Ich möchte Sie insbesondere auf Absatz 2 a), b) und c) der Entschlieung aufmerksam machen, in denen den Mitgliedsgruppen der Organisation – Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern – empfohlen wird, „a) im Licht der Schlussfolgerungen des Untersuchungsausschusses die Beziehungen zu überprüfen, die sie möglicherweise zur Regierung von Belarus unterhalten, und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Regierung von Belarus diese Beziehungen nicht nutzen kann, um Verletzungen der Arbeitnehmerrechte in Bezug auf die Vereinigungsfreiheit fortzuführen oder auszuweiten, und so weit wie möglich zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses beizutragen, auch durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Vereinigungsfreiheit fördern; b) sicherzustellen, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung im Einklang mit dem Völkerrecht eingehalten wird, da Gewerkschafts- und Menschenrechtsaktivisten in Belarus von Verfolgung bedroht sind; c) dem Generaldirektor Bericht zu erstatten, damit der Verwaltungsrat darüber in Kenntnis gesetzt wird.“

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich bis spätestens zum 1. Oktober 2023 über alle von Ihrer Regierung getroffenen oder geplanten Maßnahmen unterrichten könnten, damit ich einen Bericht erstellen und dem Verwaltungsrat zur Behandlung auf seiner 349. Tagung (November 2023) vorlegen kann.

Des Weiteren möchte ich Sie darum ersuchen, diese Empfehlungen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Ihres Landes zur Kenntnis zu bringen, damit diese die relevanten Maßnahmen ergreifen und mich direkt oder auf dem Weg über Sie informieren können.

Zudem erfordern Absatz 3 a) und b) der Entschlieung, obwohl direkt an internationale Organisationen und ihre zuständigen Organe gerichtet, ebenfalls Ihre Aufmerksamkeit, da Ihr Land möglicherweise in diesen Organisationen vertreten ist. Bitte übermitteln Sie die Informationen zu dieser Entschlieung gegebenenfalls den Vertretungen Ihrer Regierung bei diesen Institutionen.

Ich danke Ihnen im Voraus für die dringende Behandlung des in diesem Schreiben vorgebrachten Anliegens.

Mit freundlichen Gren

Gilbert F. Hounbo

► Anhang 2

AN DIE INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

23. Juni 2023

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

ich teile Ihnen mit, dass die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer 111. Tagung (Juni 2023) unter einem speziell auf ihre Tagesordnung gesetzten Punkt und im Einklang mit Artikel 33 der Verfassung der IAO eine EntschlieÙung verabschiedet hat, die Maßnahmen vorsieht, mit denen sichergestellt werden soll, dass Belarus die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzt, der eingesetzt wurde, um die Anwendung des Übereinkommens (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und des Übereinkommens (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, zu prüfen. Der Wortlaut der EntschlieÙung findet sich auf der Website der Konferenz.

Ich möchte Sie insbesondere auf Absatz 3 a), b) und e) der EntschlieÙung aufmerksam machen, gemäß denen ich darum ersucht werde, „a) die in Artikel 12 Absatz 1 der Verfassung der IAO genannten internationalen Organisationen über die Nichteinhaltung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses durch die Regierung von Belarus [...] zu informieren; b) die einschlägigen Gremien dieser Organisationen aufzufordern, im Rahmen ihres Mandats und im Licht der Schlussfolgerungen des Untersuchungsausschusses ihre etwaige Zusammenarbeit mit der Regierung von Belarus zu überprüfen und gegebenenfalls so bald wie möglich alle Tätigkeiten einzustellen, die dazu führen könnten, dass das Ausbleiben von Maßnahmen zur Bekämpfung der Nichteinhaltung der Gewerkschaftsrechte im Land direkt oder indirekt gerechtfertigt wird; [...] e) dem Verwaltungsrat einen regelmäßigen Bericht über die Ergebnisse der unter dem oben genannten Absatz 3 Buchstaben a, b [...] genannten Maßnahmen vorzulegen.“

Ihre Organisation wird zweifellos den Wunsch haben, die Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz zu prüfen und mich über alle zur Umsetzung dieser Empfehlungen ergriffenen oder geplanten Maßnahmen zu unterrichten. Alle bis zum 1. Oktober 2023 übermittelten relevanten Informationen werden in den Bericht aufgenommen, der dem Verwaltungsrat auf seiner 349. Tagung im November 2023 zur Behandlung vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen im Voraus für die dringende Behandlung des in diesem Schreiben vorgebrachten Anliegens und für Ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf ein koordiniertes Vorgehen in dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Gilbert F. HOUNGBO

► Anhang 3

23. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Sonderberichterstatterin, sehr geehrter Herr Sonderberichterstatter, ich teile Ihnen mit, dass die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer 111. Tagung (Juni 2023) unter einem speziell auf ihre Tagesordnung gesetzten Punkt und im Einklang mit Artikel 33 der Verfassung der IAO eine EntschlieÙung verabschiedet hat, die Maßnahmen vorsieht, mit denen sichergestellt werden soll, dass Belarus die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzt, der eingesetzt wurde, um die Anwendung des Übereinkommens (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und des Übereinkommens (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, zu prüfen. Der Wortlaut der EntschlieÙung findet sich auf der Website der Konferenz.

Ich möchte Sie insbesondere auf Absatz 3 c) und e) der EntschlieÙung aufmerksam machen, gemäß dem ich darum ersucht werde, „c) mit dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (UN) über die Menschenrechtssituation in Belarus, dem UN-Sonderberichterstatter über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie MeinungsäuÙerung, dem UN-Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und dem UN-Sonderberichterstatter über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten zusammenzuarbeiten, um ein koordiniertes Vorgehen in Bezug auf die Empfehlung Nr. 8 des Untersuchungsausschusses betreffend die Notwendigkeit der Gewährleistung der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Justiz und der Justizverwaltung zu gewährleisten; [...] e) dem Verwaltungsrat einen regelmäßigen Bericht über die Ergebnisse der unter dem oben genannten Absatz 3 Buchstaben [...] c) genannten Maßnahmen vorzulegen.“

Gemäß Empfehlung der Konferenz möchte ich Ihre Autorität und Sachkenntnis in Anspruch nehmen und würde es begrüÙen, wenn Sie Überlegungen zu der Frage anstellen könnten, wie Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses erzielt werden können. Alle relevanten Entwicklungen werden in den Bericht aufgenommen, der dem Verwaltungsrat der IAO auf seiner 349. Tagung im November 2023 zur Behandlung vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen im Voraus für die dringende Behandlung des in diesem Schreiben vorgebrachten Anliegens.

Mit freundlichen GrüÙen

Gilbert F. HOUNGBO

► Anhang 4

23. Juni 2023

Sehr geehrter Hoher Kommissar,

ich teile Ihnen mit, dass die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer 111. Tagung (Juni 2023) unter einem speziell auf ihre Tagesordnung gesetzten Punkt und im Einklang mit Artikel 33 der Verfassung der IAO eine EntschlieÙung verabschiedet hat, die Maßnahmen vorsieht, mit denen sichergestellt werden soll, dass Belarus die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzt, der eingesetzt wurde, um die Anwendung des Übereinkommens (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und des Übereinkommens (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, zu prüfen. Der Wortlaut der EntschlieÙung findet sich auf der Website der Konferenz.

Ich möchte Sie insbesondere auf Absatz 3 d) der EntschlieÙung aufmerksam machen, gemäß dem ich darum ersucht werde, „d) mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen einschlägigen Einrichtungen und Organisationen zusammenzuarbeiten, mit der Bitte, auch unabhängige belarussische Gewerkschaftsaktivisten und ihre Familien zu unterstützen und dies in den UNHCR-Länderrichtlinien zu berücksichtigen.“

Gemäß Empfehlung der Konferenz möchte ich Ihre Autorität und Sachkenntnis in Anspruch nehmen und würde es begrüßen, wenn Sie Überlegungen zu der Frage anstellen könnten, wie ein koordiniertes Vorgehen in dieser Angelegenheit sichergestellt werden kann. Alle relevanten Entwicklungen werden in den Bericht aufgenommen, der dem Verwaltungsrat der IAO auf seiner 349. Tagung im November 2023 zur Behandlung vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen im Voraus für die dringende Behandlung des in diesem Schreiben vorgebrachten Anliegens.

Mit freundlichen Grüßen

Gilbert F. HOUNGBO

► Anhang 5

Асацыяцыя прафсаюзаў
«Беларускі Кангрэс
дэмакратычных прафсаюзаў»
АП БКДП



Ассоциация профсоюзов
«Белорусский Конгресс
демократических профсоюзов»
АП БКДП

Email: bkdpcongress@gmail.com; Tel: +4915125500461; www.solidarnast.info

List of imprisoned trade union leaders and activists for August.

1	Siarhei Antusevich	BKDP vice-chair
2	Aliaksandr Mishuk	BNP Vice-chair, chair BNP Belaruskali
3	Aliaksandr Yarashuk	BKDP chair
4	Hennadz Fiadynich	REP vice-chair
5	Vatslau Areshka	REP union newspaper editor
6	Zinaida Mikhniuk	REP vice-chair
7	Vasil Berasneu	REP acting chair
8	Mikhail Hromau	SPM union secretary
9	Artsiom Zharnak	SPM MAZ chair
10	Vital Chychmarou	SPM METZ chair
11	Miraslau Sabchuk	SPM activist
12	Aliaksandr Mialeshka	SPB member of branch union council
13	Andrei Khanevich	BNP chair BNP Grodno Azot
14	Ihar Povarau	BNP BMZ
15	Uladzimir Berdnikovich	BNP activist Remmontazhstroy
16	Uladzimir Zhurauka	Rabochy Rukh BNP Grodno Azot
17	Andrei Paheryla	Rabochy Rukh BNP Grodno Azot
18	Siarhei Shelest	Rabochy Rukh BNP Grodno Azot
19	Valiantsin Tseranevich	Rabochy Rukh BNP Grodno Azot
20	Aliaksandr Kapshul	Rabochy Rukh BNP Naftan
21	Aliaksandr Hashnikau	Rabochy Rukh BNP BMZ
22	Ihar Mints	Rabochy Rukh activist Naftan
23	Hanna Ablab	Rabochy Rukh Belarusian Railway

24	Siarhei Dziuba	Rabochy Rukh Belarusian Railway
25	Siarhei Shametska	Rabochy Rukh
26	Aliaksai Aliakseichyk	SPB activist, Republican Center for Children Oncology
27	Aliaksandr Kandratsiuk	SPB activist, National Science Academy
28	Siarhei Sliazhou	BNP activist BMZ
29	Maksim Senik	BNP secretary-treasurer Grodno Azot
30	Dzianis Puchek	SPM Minsk Tractor Plant, activist
31	Volha Belaziorava	BNP Grodno Azot
32	Aleh Kasila	BNP Krasnoselskstroimaterialy
33	Vital Siadliar	BNP Krasnoselskstroimaterialy
34	Andrei Shulhat	SPM MTZ
35	Yauhen Batura	SPM MTZ
36	Aliaksei Zabiran	BNP Grodno Azot
37	Uladzislau Martsinovich	SPB Minsk state medical university
38	Volha Barushka	SPB activist, Minsk Scientific and Practical Center
39	Hanna Karneyenka	SPM METZ
40	Halina Smirnova	REP Babrujsk, regional union coordinator
41	Dzmitry Varanovich	SPM BelAZ
42	Sviatlana Sakovich	SPM MTZ
43	Aliaksandr Varabey	SPM MTZ
44	Palina Sharenda-Panasiuk	REP activist
45	Volha Brytsikava	BNP chair, Naftan
46	Aliaksandr Kukharonak	BNP activist, Naftan
47	Aliaksandr Balonkin	BNP activist, Naftan

Acting Chairperson of the BKDP
Maksim Pazniakou



► Anhang 6

14. Juli 2023

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

ich schreibe Ihnen im Zusammenhang mit der auf der 111. Tagung (2023) der Internationalen Arbeitskonferenz verabschiedeten EntschlieÙung zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen. Die EntschlieÙung sieht Maßnahmen vor, mit denen sichergestellt werden soll, dass Belarus die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzt, der eingesetzt wurde, um die Anwendung des Übereinkommens (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und des Übereinkommens (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, zu prüfen.

Ich möchte Sie auf Absatz 4 der EntschlieÙung aufmerksam machen, in dem Ihre Regierung nachdrücklich aufgefordert wird, dringend eine dreigliedrige IAA-Mission mit dem Auftrag zu empfangen, Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und der späteren Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO zu sammeln und im Rahmen dessen auch den unabhängigen Gewerkschaftsführern und Aktivisten, die sich im Gefängnis oder in Haft befinden, Besuch zu erstatten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf unseren laufenden Austausch darüber verweisen, wie wichtig es ist, dass Ihre Regierung einen solchen Besuch ermöglicht, damit eine die Bedingungen der Festnahme und Inhaftierung der betroffenen Gewerkschafter und deren Wohlergehen überprüft werden kann. Ich lege Ihnen nahe, im Rahmen ihrer Autorität Maßnahmen zu ergreifen, um eine dreigliedrige IAA-Mission zuzulassen, die die Situation vor Ort beobachten und dem Verwaltungsrat zwecks Bewertung der Schritte, die zur Anwendung dieser beiden grundlegenden Übereinkommen unternommen wurden, Bericht erstatten kann.

Ich möchte Sie außerdem bitten, Informationen über alle von Ihrer Regierung seit der Verabschiedung der EntschlieÙung ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses vorzulegen, damit ein Bericht zur Behandlung durch den Verwaltungsrat auf seiner 349. Tagung im November 2023 erstellt werden kann. Ich wäre für die Übermittlung dieser Informationen bis spätestens zum 1. Oktober 2023 dankbar.

In Erwartung Ihrer positiven und kooperativen Antwort in Bezug auf die oben genannten Angelegenheiten,

Hochachtungsvoll

Gilbert F. HOUNGBO

► Anhang 7

Republic of Belarus

Information from the Government of the Republic of Belarus regarding the situation in the country with regard to respect for trade union rights and implementation of the recommendations of the Commission of Inquiry on the Freedom of Association and Protection of the Right to Organise Convention, 1948 (No. 87), and the Right to Organise and Collective Bargaining Convention, 1949 (No. 98) 349th Session of the Governing Body of the International Labour Office (30 October–9 November 2023)

Respect for trade union rights and implementation of Conventions Nos 87 and 98

The Government of Belarus has repeatedly drawn ILO bodies' attention to the **lack of contradiction between national law and practice and the provisions of ILO Conventions on freedom of association.**

The principle of the rule of law applies in Belarus. The State guarantees citizens' rights and liberties as enshrined in the Constitution and laws and as provided for by international obligations.

Belarus has done everything necessary to ensure that trade unions and their organizational structures can be freely established, successfully go through the registration (or recording) procedure and carry out their lawful activities without outside interference.

Guarantees of trade union rights are enshrined in law (the Law on Trade Unions) and implemented in practice.

Employers (and their associations), state bodies, economic entities, public associations and officials must observe trade union rights. Violations of the rights of trade unions or obstructions to their lawful activity by these entities and individuals are punishable by law.

In order to fulfil the objectives set out in their statutes, trade unions are entitled to organize and hold, in accordance with the law, meetings, street processions, demonstrations and other collective actions to defend their members' interests.

Trade unions are entitled to organize and hold strikes in accordance with the law (political demands may not be made in strikes started by trade unions).

Unlawful restrictions on the rights of trade unions and obstructions to the exercise of their powers are not permitted.

Any decisions affecting the right to associate in trade unions are taken in strict compliance with the law, based on the principle of maximum consideration of citizens' rights and interests.

Trade unions have been granted the right to be located not only at their employer's address but also at any other location in order to broaden their scope to obtain the legal address necessary for registration.

As practice shows, to date the need to confirm the existence of a legal address has not impeded trade union registration.

Refusals to register trade union organizational structures are isolated cases based on objective reasons (as a rule, non-compliance with legislative provisions concerning the procedure for establishing a trade union and submitting all the necessary information and documents to the registration body).

Since, if the procedure for establishing a trade union organization is followed, the documents for the state registration of a trade union (or an organizational structure thereof) may be re-submitted to the registration authorities after any shortcomings have been rectified, a refusal to register (or put on record) does not equate to a ban on establishing that trade union or its organizational structure and is not an insurmountable obstacle to registration.

Citizens' membership or non-membership of trade unions does not entail any restrictions on their labour, socio-economic, political or personal rights and liberties.

Citizens of Belarus freely and actively enjoy the right to associate in trade unions. This is evidenced by the number of trade unions and their organizational structures established and operating in the country.

Thus, as of 1 January 2023, 20 trade unions (15 national, one territorial and four organization-level) and 28,272 trade union organizational structures (27,368 primary; 621 district or town/city; 172 joint; and 111 regional or Minsk city) had been registered (put on record).

The national trade union centre is currently the Federation of Trade Unions of Belarus (FPB), which brings together 15 sectoral trade unions, six regional and Minsk city trade union associations, and 137 district and town/city trade union associations, and represents the interests of about 4 million people.

However, it should be emphasized that Belarusian legislation does not oblige trade unions to establish a single national trade union centre. Trade unions operating in Belarus have come together in the FPB *solely at their own initiative*. This practice is fully *consonant with ILO principles* and is seen in many countries around the world.

Trade unions and their leaders, members and activists may *freely* carry out their *lawful* activities to assert and protect workers' labour, social and economic rights and interests and improve citizens' living standards and social security, including by means of engaging with the authorities within the country's social partnership system.

Trade unions and employers in Belarus are the Government's fully fledged partners in developing and implementing national social and economic policy, thanks to which high labour, employment and social protection standards have been introduced into the country.

The social partners participate in drafting social and labour legislation.

Tripartite consultative bodies – councils on labour and social issues – have been set up and function at all levels (national, sectoral, regional, town/city and district).

The practice of regulating social and labour relations through collective agreements and contracts has been widely established.

Thus, as of 1 January 2023, 350 councils on labour and social issues were operating and 610 collective agreements and 20,852 organization-level collective contracts had been signed.

The Government and national associations of employers and trade unions systematically conclude general agreements reflecting the parties' agreed positions and commitments on issues surrounding economic policy, income and living standards, social protection, labour

market development and employment promotion, occupational safety and health, and social partnership.

The current General Agreement (the 16th, extended to cover 2022–2024) applies to all employers, all trade unions, all workers and students and pupils in educational institutions.

Trade unions, in compliance with the aims and objectives set out in their charters, have the right to cooperate with trade unions in other countries and to join international and other trade union associations and organizations of their choice.

The procedure for receiving foreign grant aid is unjustifiably linked in the ILO framework to Articles 5 and 6 of Convention No. 87. These articles do not contain provisions on trade unions' right to receive unimpeded financial or other forms of assistance for political and campaign work among the population.

The law of Belarus does not prohibit trade unions from receiving foreign grant aid, and the registration procedure is quick and easy. There have been no instances of trade unions being denied such aid.

The existing ban on receiving and using foreign grant aid for purposes involving political and campaigning work is dictated by national security interests and is more than justified in the current situation.

It is obvious that the opportunity to sponsor mass events in the country would be used by outside forces to destabilize the socio-political and socio-economic situation, which would have an extremely negative impact on the life of society and the well-being of citizens.

The current **arrangements for organizing and holding mass events** in Belarus **do not contradict the principles of freedom of association and are fully consistent with the provisions of the International Covenant on Civil and Political Rights.**

Legislation punishing breaches of the existing order that result in serious negative consequences aims to prevent unlawful, socially dangerous acts that pose a real threat to citizens' life and health. This legislation does not objectively deter citizens' and trade unions' exercise of the right to freedom of lawful, peaceful assembly.

The amendments to the Law on Mass Events do not contain provisions prohibiting citizens from exercising the right to lawful, peaceful assembly. The amendments to the Law target the organization, preparation and commission of acts that infringe on the State's independence, territorial integrity and sovereignty, the foundations of the constitutional order, and public safety through the organization of mass unrest, acts of vandalism involving damage to or destruction of property, the seizure of buildings and structures, and other acts that grossly disrupt public order, or active participation in such acts.

The amendments made to the Criminal Code ensure fairness, even-handedness, and uniform application of criminal law in practice. The amendment of legislation on criminal responsibility does not seek to infringe citizens' and trade unions' lawful rights to organize and hold peaceful mass events in compliance with the law, nor to impede the exercise of other rights and liberties guaranteed by the Constitution, national law and international obligations.

The amendment of the legislation was a necessary step in bringing its provisions into line with the current situation and the serious challenges posed in 2020 by an unprecedented planned attack on the State by enemy forces.

The **arrangements for organizing and holding strikes** set out in the legislation **do not contradict international labour standards** but allow citizens to fully exercise their right to hold lawful strikes in order to resolve collective labour disputes.

The prohibition on raising political demands during strikes is a widespread and justified international practice, as enterprises should not be manipulated or used to apply pressure to achieve purely political goals.

In the context of the unprecedented political and economic pressure exerted on Belarus, implementing the ILO supervisory bodies' requirements in terms of weakening state control over money from abroad, exonerating trade unions and citizens from responsibility for gross violations of the law when holding mass events, and legalizing political strikes would **strengthen destructive outside influence on the situation in the country**. This development **would not be in the country's national interest** and clearly **would not serve the purpose of ensuring Belarusian citizens' well-being**.

Engagement with the ILO and social partners on the implementation of the Commission of Inquiry's recommendations

The Government of Belarus notes with *deep regret* the negative assessment by the ILO supervisory bodies of its efforts to build constructive engagement with the social partners and the International Labour Office ("the Office") concerning the implementation of recommendations addressed to the country.

The Government has always paid due attention to the ILO supervisory bodies' observations and recommendations. However, at present their assessments of the situation in Belarus are based *solely on groundless complaints and unconfirmed information* from particular trade union associations, which, guided by *purely political motives*, are seeking to use the ILO to escalate pressure on Belarus.

As practice shows, the **complaints** received by the Office **do not arise from an objective situation and utterly fail to reflect (that is, deliberately distort) the real state of affairs**.

The Government of Belarus has made every effort to build an effective dialogue with the social partners and the ILO concerning implementation of the recommendations. For this purpose, the country specially created an additional negotiation platform – a tripartite Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere.

When working to implement the recommendations, the Government has clearly followed the plans and arrangements jointly agreed with the ILO. The constructive position of Belarus has been repeatedly noted by various ILO missions and expert groups visiting the country, including a direct contact mission to Minsk in January 2014.

As a result of steps taken, **some recommendations made to Belarus have been fully implemented, while significant progress has been made in implementing the remainder**.

Thus, the Commission of Inquiry's recommendations have been made available to the general public. Systematic steps have been taken to inform the courts and the prosecution service of the need to carefully examine complaints of anti-union discrimination. The impartiality, independence and openness of the judicial system has been ensured, and citizens are guaranteed the right to a fair trial (*Recommendations 4, 7 and 8*).

Additional information

The Commission of Inquiry's recommendations were published in the Ministry of Labour and Social Protection's journal Occupational Safety and Social Protection (No. 4 of April 2005) and in the newspaper Respublika (No. 209 of 9 November 2006).

With the Office's support, seminars on respect for trade union rights and protection against anti-union discrimination were held for judges and representatives of the prosecution service (16 January 2007 and 18 June 2008). Participants were informed about the ILO's approach to freedom of association and the tasks set out in the recommendations for the courts and the prosecution service.

The principle of the rule of law applies in Belarus.

Article 60 of the Constitution guarantees everyone that his or her rights and liberties will be protected by a competent, independent and impartial court.

Judges are independent and subject only to the law. Interference in the activities of judges is impermissible and punishable.

Parties and persons participating in proceedings have the right to appeal against judgments, sentences and other court decisions.

There are no obstacles to citizens taking cases to court.

Despite the fact that the law provides all the necessary measures to protect trade union rights, Belarus has introduced an additional mechanism to protect their rights: in 2005, the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere was established.

The concept of the Council, its powers and its role in implementing the Commission of Inquiry's recommendations were jointly developed with the Office. In 2009, the Council was reformed as a tripartite body consisting of an equal number of representatives from the Government, trade unions and employers' associations.

The Council has become the central forum for reviewing the implementation of the Commission of Inquiry's recommendations. The Council has been charged with operating as a tripartite independent body, trusted by all parties and mandated to address complaints (*Recommendations 5 and 7*).

Additional information

The Council is empowered to consider the full range of issues arising from the Commission of Inquiry's recommendations, from examining specific situations relating to trade union registration or collective bargaining to discussing the desirability of legislative changes.

Over the years, the Council has considered a wide variety of issues directly relating to the implementation of the recommendations and concerning interaction between the social partners, the application and improvement of legislation, the registration of trade union organizations, the exercise of trade union rights, complaints of anti-union discrimination, cases of termination of employment contracts, the conclusion of sectoral agreements and collective contracts, the ratification of ILO Conventions and engagement with the Office in the framework of international technical cooperation.

The Council has been directly involved in resolving a number of disputes that formed the basis of trade union complaints to the ILO.

Representatives of the Office have participated in the Council's work on several occasions and, together with employers' and trade unions' associations, have commended its work and emphasized its important role in resolving trade union grievances.

The Government has taken measures to liberalize the trade union registration process. So as to simplify and formalize the procedure for registering public associations (including trade unions), the National Registration Commission has been abolished, the requirement for at least 10 per cent of the total number of employees to form a trade union has been abolished, and trade unions have been given the option of being located (that is, obtaining a legal address) not only at the employer's address but also at any other location (*Recommendations 2 and 3*).

Additional information

Presidential Edict No. 605 of 6 October 2006 abolished the National Commission for the Registration (Re-registration) of Public Associations. The Ministry of Justice is responsible for registering national-level trade unions, while the justice directorates of local executive and administrative bodies are responsible for registering territorial trade unions and trade unions established in organizations.

The Ministry of Justice closely monitors the situation concerning trade union registration and issues the necessary guidance to the registration authorities to prevent violations.

On 2 June 2015, Presidential Decree No. 4 was adopted, amending Presidential Decree No. 2 of 26 January 1999 on several measures to improve the functioning of political parties, trade unions and other public associations. Under Decree No. 4, at least 10 people are required to establish a trade union at an enterprise.

The Government continuously monitors interactions between enterprise administrations and trade unions and has made clear its view that there should be no interference in the activities of trade union organizations (*Recommendation 6*).

Additional information

At the Government's initiative, the issue of interaction between representatives of employers and trade unions at the level of organizations was considered at a meeting of the National Council on Labour and Social Issues on 31 January 2007.

The National Council, as the main tripartite body, drew attention to the need for strict observance of the principles of social partnership enshrined in legislation and ILO Conventions, noted the inadmissibility of interference by employers in the internal affairs of trade unions, and recommended that trade unions actively use social partnership mechanisms to protect their rights and those of their members.

Following a decision of the National Council, interaction between employers' and trade unions' representatives at the level of organizations was considered at meetings of sectoral and territorial (that is, regional, town/city and district) councils on labour and social issues.

In order to ensure that all social partners can freely and equally participate in dialogue with the Government, a representative of the Belarusian Congress of Democratic Trade Unions (BKDP) was included in the main tripartite social partnership body at the national level, the National Council on Labour and Social Issues (*Recommendation No. 11*).

Additional information

The inclusion in the National Council of Mr A. Yaroshuk, BKDP chairperson, was approved at the National Council's meeting on 31 January 2007.

As the activity of the BKDP has been terminated, it is now impossible for representatives of this (defunct) trade union association to participate in the National Council's work.

Belarus ensures a clear distinction between the roles of the Government and the social partners, which is a prerequisite for the latter to freely and independently carry out their lawful activities (*Recommendation 12*).

Additional information

The Government's activity is governed by the Law of 23 July 2008 on the Council of Ministers of the Republic of Belarus.

Trade unions operate in accordance with the Law of 22 April 1992 on Trade Unions.

Employers and employers' associations operating in Belarus are covered by the Law of 12 December 2022 on Employers' Associations (except for certain provisions, the Law enters into force on 16 December 2023).

Following a direct contacts mission to the country in 2014, **the Government worked with the ILO to implement a number of international technical cooperation measures to implement specific recommendations** of the Commission of Inquiry.

Thus, activities to increase the Council's effectiveness, improve dispute resolution and develop mediation aimed to implement *Recommendations 5 and 7*.

The formulation of guidelines for enterprise-level collective bargaining and their inclusion in the General Agreement between the Government and national associations of employers and trade unions helped put into practice the principle of trade union pluralism, in line with *Recommendations 6 and 12*.

An event for judges, prosecutors and lawyers on the application of international labour standards contributed to the implementation of *Recommendations 4 and 8*.

We believe that further impetus for the development of social dialogue and tripartism in Belarus will be provided by the entry into force of Law No. 225-Z of 12 December 2022 on Employers' Associations from 16 December 2023.

The Law was drafted at the initiative of business associations engaged in social dialogue with trade unions and takes full account of ILO standards and principles.

In order to discuss practical aspects of the implementation of the Law, on 19 September 2023 the Ministry of Labour and Social Protection hosted a seminar with Vladimir Churovich, Senior Specialist in Employers' Activities from the Decent Work Technical Support Team and the ILO Country Office for Eastern Europe and Central Asia, who acquainted employers' representatives with international experience of drafting legislation on employers' associations and the ILO's views on this issue.

The above information confirms that the **implementation by Belarus of the Commission of Inquiry's recommendations is steadily progressing**. Moreover, the ILO supervisory bodies have repeatedly noted with interest the measures taken by the Government, observing that some progress has been made.

In this regard, the allegations that the Government of Belarus has not taken action to implement most of the Commission of Inquiry's recommendations and has completely failed to make progress in their implementation sound completely unfounded and do not correspond to reality.

The Government of Belarus is ready to work on the Commission of Inquiry's recommendations, **on the mandatory condition that account is taken of today's realities and national interests**, to which the country's stable socio-economic development, the Belarusian people's well-being and prosperity, social harmony and the fundamental principles of government of the people, the rule of law and the State's independence, territorial integrity and sovereignty are central.

Activity of tripartite social partnership bodies

Tripartite consultative bodies are fundamental to the country's social partnership system. They examine current social and labour-related developments and other issues raised by the social partners.

The tripartite Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere ("the Council"), coordinated by the Ministry of Labour and Social Protection and previously suspended in connection with the Covid-19 pandemic, **resumed** its work this year.

During the Council's meeting on 26 May 2023, based on the parties' suggestions, it considered approaches to implementing the Committee on Freedom of Association's recommendation concerning the establishment of a non-judicial mechanism for settling labour disputes.

Following the discussion and taking into account the recommendation of the Committee on Freedom of Association that joint work with the social partners be continued to build an effective non-judicial mechanism for resolving labour disputes, **it was decided to establish an expert group** from among the Council's members **to examine communications from trade unions (and associations thereof) and employers' associations regarding the resolution of labour disputes**. It was decided that when the Council receives communications from trade unions, trade union associations and employers' associations concerning labour dispute resolution, the expert group will conduct a preliminary examination and inform the Council of its findings.

The agenda of the Council's meeting on 22 September 2023 included proposals for the Council's work plan and information from the Office on interpreting the provisions of Convention No. 87 concerning the right to strike. There was a discussion within the Council in the framework of the implementation of the Tripartite Consultation for the Promotion of International Labour Standards Convention, 1976 (No. 144).

During the meeting, the parties came to the conclusion that the Council should continue to discuss the issues around collective agreements at various levels of social partnership.

A discussion was held on the right to strike in Convention No. 87. It was agreed that, if necessary, each party would independently inform the Office of its views.

In 2023, **two meetings** of the main tripartite social partnership body, the **National Council on Labour and Social Issues** ("the National Council"), have been held.

During the meeting on 14 April 2023, the National Council considered the implementation in 2022 of the General Agreement between the Government and national employers' and trade

union associations for 2019–2021 (extended to 2022–2024) and implementation of a set of measures to reduce the shortage of manual workers in 2022–2023.

The agenda of the National Council's meeting on 26 July 2023 included improved regulation of the crisis management mechanism to aid the financial recovery of insolvent organizations and the situation on the consumer market of Belarus.

It should be noted that, in view of the previous positive practice of Office representatives attending meetings of the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere, the Government invited Office representatives to participate in the Council's meetings and those of the National Council (including through videoconferencing).

Unfortunately, these invitations were not accepted.

Despite the fact that particular ILO supervisory bodies and the Office are casting completely unjustified doubt on the status and legitimacy of tripartite social partnership bodies operating in Belarus, the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere and the National Council on Labour and Social Issues will continue their active work.

We count on Office representatives participating in meetings of these tripartite bodies. We are convinced that this could help ILO bodies and structures to form an objective picture of the social partnership system in Belarus, and would also make it possible to resolve baseless questions about the status and legitimacy of the country's main tripartite bodies.

Prosecution of individuals and organizations

The Government of Belarus has repeatedly drawn attention to the **groundlessness and outright absurdity of allegations that the country's trade unions and citizens are persecuted for carrying out trade union activities and legally and peacefully exercising civil rights and liberties.**

ILO bodies are misled by the complaints of politically motivated individuals and organizations and, deeply regrettably, continue to **erroneously** assume that the 2020 protests were motivated by economic and social considerations, were lawful and peaceful, and were directed at protecting civil and trade union rights and liberties.

The Government insists that **purely political events**, unrelated to the processes of social dialogue in the workplace and the exercise of trade union rights, **should not serve as a basis for assessing compliance with Conventions Nos 87 and 98 and should not be considered when monitoring their implementation.**

The 2020 protests were artificially encouraged by outside forces, unlawful and intended to seize power by unconstitutional means.

The protestors' demands (the resignation of the Head of State, fresh elections, exoneration of law breakers) had nothing to do with the protection of citizens' labour, social and economic interests and or the tasks that trade unions have the duty of performing.

Strikes as a legal way of resolving collective labour disputes were not announced or held, the mood of protest had no economic or social basis, and no demands were made to employers and the authorities in terms of regulating labour and socio-economic relations.

The attempts to organize a strike movement at the country's enterprises aimed to stop the enterprises that form the basis of the Belarusian economy from operating, in other words **to pursue political ends by exerting pressure on the lawful authorities by undermining the country's economic potential and social well-being.**

The authors of complaints to the ILO are therefore deliberately “dragging” political issues into the ILO’s sphere of competence without objective grounds.

Their aim is clear – they wish to **discredit Belarus** in the international arena, **justify** unprecedented **unilateral restrictive measures** against the country, **escalate political pressure** on the lawful authorities, and **unleash another wave of sanctions** based on the ILO’s decisions.

In this connection, the Government is compelled to draw attention once again to the fact that ***all citizens and trade unions mentioned in complaints made to the ILO and comments issued by its supervisory bodies have been prosecuted for specific offences that have absolutely no connection with the lawful and peaceful exercise of trade union rights and liberties.***

The **nature** of the **offences** committed by particular organizations and citizens fully **confirms the lack of connection with the guaranteed right to carry out lawful trade union activity.**

In view of the above, we note that the communication received by the Office on 24 August 2023 from Maksim Poznyakov, identifying himself as the current President of the defunct Belarusian Congress of Democratic Trade Unions (BKDP),¹ which forwards the “List of imprisoned trade union leaders and activists as at August 2023”, is nothing but another attempt to convince the ILO of the Belarusian authorities’ persecution of “independent” trade unions, in the aim of further escalating the undue pressure on Belarus through ILO decisions.

At the same time, it should be noted that **this communication contains false information that does not correspond to reality** concerning a number of people, which only confirms Mr Poznyakov’s desire to deliberately mislead ILO bodies by presenting the situation in a distorted light.

Six of the 47 people listed as prisoners have in fact already **served** the lawful sentence imposed on them by a court, and **four** were **not** even **sent** to penal institutions.

Detailed information regarding 13 people – Mr S. Antusevich, Mr A. Mishuk, Mr A. Yarashuk, Mr H. Fiadynich (Russian: Fedynich), Mr V. Areshka (Russian: Oreshko), Ms Z. Mikhniuk, Mr V. Berasnieu (Russian: Beresnev), Mr M. Hromau (Russian: Gromov), Mr A. Zharnak (Russian: Zhernak), Mr V. Chychmarou (Russian: Chichimarev), Mr A. Khanevich, Mr S. Sliazhou (Russian: Slezov) and Ms V. Brytsikava (Russian: (Olga) Britikova) – has already been submitted to the Office in letters from the Ministry of Labour and Social Protection (No.11-1-2/673 of 2 February 2023, “Re: Information to the Committee on Freedom of Association”, and No. 11-1-2/2326 of 29 April 2023, addressed to the Director-General of the Office, Mr Gilbert F. Hounbo). These citizens were punished for *specific serious offences*.

Ten people on the list are members of the group known as “Rabochy Ruch” (“Workers’ Movement”)/“Extended Round Table”. This is a recognized *extremist group* whose activities are prohibited. In view of the *gravity of the offences committed* (such as establishment and/or participation in an extremist formation, treason, defamation, and offences related firearms, ammunition and explosives), these citizens were sentenced to *longer periods* of imprisonment.

¹ The activities of the BKDP and its member organizations were terminated by decisions of the Supreme Court of the Republic of Belarus as contradicting the Constitution and other legislative acts and damaging the State or society’s interests.

Additional information

Rabochy Rukh is an extremist group financed from abroad which principally aims to involve employees of state-owned industrial enterprises in radical political activity so as to obtain internal information about their business, stop operations and strengthen sanctions against Belarus.

It has been established that, in addition to committing extremist crimes, these members engaged in illegally gathering and passing on restricted internal information about Belarusian economic entities to foreign states, foreign organizations and their representatives.

Other citizens on the list have also been prosecuted for *specific offences that have nothing at all to do with the lawful and peaceful exercise of trade union, civil or other rights and liberties*, such as gross violation of public order resulting in disruption to transport and enterprises; violence against internal affairs officers; calls for action to harm national security; incitement to ethnic or social enmity and discord on the grounds of ethnic and social affiliation; facilitation of extremist activities; defamation; and damage to property in public places. The sentences imposed in the vast majority of cases *do not exceed three years*. Four people are serving their sentences (restriction of liberty) *at their places of residence*, and two are serving their sentences in *open* penal institutions.

Since the criminal prosecution of the above-mentioned persons is unrelated to lawful trade union activity or exercise of other civil rights and liberties, ongoing attempts to manipulate this situation by opponents of Belarus are **extremely concerning**.

These citizens have committed **serious offences** against national security, society and the State. Any **calls for all charges to be dropped** and their **immediate release have no objective legal basis**.

Questions surrounding the review of sentences, contact with offenders and parole are for the law enforcement agencies and courts, **interference in the activities** of which is **impermissible and punishable by law**.

We also believe it possible to note that the activity of the **Belarusian Congress of Democratic Trade Unions (BKDP) and its member organizations was terminated** in the summer of 2022 by the Supreme Court of Belarus as contravening the Constitution and other legislative acts and damaging the State and society's interests.

The **organization** that is currently **acting allegedly on the BKDP's behalf** in Belarus is **not registered** and is **illegitimate** (by law, unregistered associations may not operate in the country).

There are therefore **no legal grounds for the Office and ILO bodies to interact with it as a national association** allegedly representing the interests of Belarusian workers.